

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/38

Bonn, den 23. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Wiedervereinigungspolitik als Kunst des Möglichen ----- Die ostpolitischen und innerdeutschen Aktivitäten richten sich gegen niemand Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	70
3	Stille Viertelstunde ----- Im Gedenken Fritz Eilers Von Karl Meyer	22
4 - 5	Schwedens Armee muß sparen ----- Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen Von Rudolf Hübner, Stockholm	7
5	Manöver... ----- Panthersprung oder Samtpfötchen?	28
6	Ein Journalist ----- Dr. Otto Leichter zum 70. Geburtstag Von Fritz Säger, MdB	44

Wiedervereinigungspolitik als Kunst des Möglichen

Die ostpolitischen und innerdeutschen Aktivitäten
richten sich gegen niemand

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Die Pankower Regierung schlägt verzweifelt um sich. Nach jahrelangen fast ungestörten Fortschritten auf dem Wege zur Stabilisierung ihrer Staatlichkeit sieht sie sich durch die offen und energisch betriebene Außenpolitik der Regierung Kiesinger-Brandt nach Ost- und Südeuropa hin in die Defensive gedrängt. Die nie ganz verlorene innere Unsicherheit der Machthaber macht sich dabei in den grotesksten Maßnahmen Luft. Mit Gewalt versucht man einer Bevölkerung, in der fast jeder Zweite nächste Angehörige in der Bundesrepublik hat, einzureden, es gäbe keinerlei geistige und menschliche Gemeinschaft mit den Menschen im anderen Deutschland. Unter einem unaufhörlichen Propagandawirbel ist man bemüht, Ideologie und Volksbegriff miteinander zu verschmelzen. Aber auch im östlichen Lager keilt man gegen jeden um sich den man als eine "weiche" Stelle im Ostblock vermutet. Ulbrichts Rede vor dem ZK der SED war ein Meisterstück der Verdrehungskunst. Nachdem man jahrelang der Bundesrepublik vorgeworfen hat, den Antikommunismus zur Weltanschauung erhoben zu haben, diffamiert man nun das Bemühen, auch mit kommunistischen Staaten die Basis für ein vernünftiges Zusammenlegen zu finden, als eine besonders hinterlistige Form der Aggression.

Die Bundesregierung hat deutlich erklärt, ihre neue Ost- und Deutschlandpolitik richte sich gegen niemand. Sie kann gar nichts anderes erklären, weil sie ja durch eine ganze Reihe von Gewaltverzichtserklärungen gebunden ist, die sich auch, worauf Herbert Wehner kürzlich noch einmal deutlich hingewiesen hat, auf den anderen Teil Deutschlands beziehen. Diese Gewaltverzichtserklärungen sind keine Finte. Hinter ihnen steht der Wille der ganzen Bevölkerung der Bundesrepublik. Auch das Vorhandensein einer kleinen Gruppe Unbelehrbarer sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nicht nur die Angst um den hart erarbeiteten Wohlstand, sondern auch die in weiten Teilen dieses Volkes durchaus lebendige Erinnerung an die Grauen des Krieges, die Flucht und die Vertreibungen der Nachkriegsjahre ist, die jede Regierung in der Bundesrepublik unmöglich machen würde, die eine kriegstreiberische Politik betreiben wollte. Die Aufnahme diplomati-

scher Beziehungen mit Rumänien ist wohl nicht zuletzt deshalb so rasch vorangekommen, weil sich Tausende von Rumänen bei der Begegnung mit der großen Schaar bundesdeutscher Touristen in ihrem Land davon überzeugen konnten, daß diese Menschen im Krieg genauso wenig ein Instrument zur Lösung der Menschheitsprobleme sehen wie sie selbst.

Bedeutet der Gewaltverzicht Preisgabe der Wiedervereinigung? In einem Teil der deutschen Öffentlichkeit hat man Herbert Wehners in der "Washington Post" recht ungenau wiedergegebene Äußerungen böswillig oder aus Unverständnis dahingehend zu interpretieren versucht. Das sollte man gegenüber einem Mann, der seit Gründung der Bundesrepublik wie kaum ein anderer für Fortschritte zur Überwindung der deutschen Spaltung bemüht war, nicht unterstellen. Was Herbert Wehner sagen wollte, ist, daß bei der augenblicklichen weltpolitischen Konstellation keine reelle Chance für die Wiedervereinigung besteht und daher alles geschehen muß, um die menschlichen Beziehungen zu verbessern und der Bevölkerung in Mitteldeutschland Erleichterungen in ihren Lebensbeziehungen zu verschaffen. Das haben Strauß und Adenauer früher bereits in ähnlicher Form gesagt, ohne daß daran jemand Anstoß genommen hätte. Wenn Herbert Wehner dabei als eine der möglichen Übergangsstufen auf das Beispiel des blockfreien Jugoslawien verwiesen hat, dann wollte er damit doch nicht das innenpolitische System dieses Landes als Muster offerieren, es ging ihm darum, ein Gebilde als Modell aufzuzeigen, das den Menschen mehr Freiheit im Innern als gegenwärtig einräumt und gleichzeitig gewisse Vertrauensgrundlagen bei beiden Weltblöcken besitzt, ohne bedingungslos an den einen oder anderen gebunden zu sein.

Vor allem ging es ihm aber wohl darum, die deutsche Frage in einer Art und Form der Lösung zuzuführen, die auch für die Sowjetunion akzeptabel ist. Nur Phantasten können glauben, daß sie ohne oder gegen die Sowjetunion zu lösen ist. Moskau ist aber in der gegenwärtigen Situation in seiner Deutschlandpolitik der durch den inneren Säuberungsprozeß im kommunistischen Lager bestimmte Gefangene seiner eigenen Propaganda. Es glaubt, sowohl seine Stellung unter den osteuropäischen Staaten als auch gegenüber den Stalinisten in Mac Tse-tung nur dadurch behaupten zu können, daß es konsequent seine Siegerrolle im Zweiten Weltkrieg betont und seine Unnachgiebigkeit gegenüber einem Land unter Beweis stellt, das in seiner Entwicklung viele gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Theorien des Kommunismus fragwürdig werden ließ. Diese Haltung kann auf die Dauer nur überwinden werden, wenn es der Bundesrepublik in zähem, unermüdlichem Werben gelingt, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß sich die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gegen sie und ihr Prestige richtet. Sie muß als Endergebnis aus den deutschen Bemühungen den Willen ablesen, statt die Gewichte zu ihren Ungunsten zu verschieben, das deutsche Volk im Ganzen als friedlichen Nachbarn und Freund zu gewinnen. Wenn das gelingt, dann hat die neue deutsche Ostpolitik ihr Ziel erreicht. Der gute Wille dazu ist für jeden, der objektiv prüft, vorhanden!

Stille Viertelstunde

Im Gedenken Fritz Erlers

Von Karl Meyer

Der Saal, in dem die SPD-Fraktion des Bundestages sich zu versammeln pflegt, ist von oben bis unten mit Holz getäfelt... braunes Holz, dessen Naturfarbe von Jahr zu Jahr ein wenig zu dunkeln scheint, unmerklich. Der Saal ist ohne jeden Schmuck. Oder ist es Schmuck, wenn neben der breiten Flügeltür, die sich geräuschlos öffnen und schließen läßt, ein altes Foto hängt - ein Tableau aus vielen alten Fotos, von denen jedes ein kleines Oval für sich ist: hundert Abgeordnete der Reichstagsfraktion aus den alten Zeiten, einige mit den wuchtigen Bärten der Epoche. Eins der Ovale heißt August Ebel. Es ist nicht Schmuck, es ist Geschichte.

Ist es Schmuck, wenn auf der schmalen Seite des Saales zwei andere Bilder hängen, diesmal großformatig und neueren Datums; Kurt Schumacher, schmalwangig, todernst, mit dem bohrenden Blick und dann sein Nachfolger - im Leben wie im Tode - der ernste, liebenswerte Erich Ollenhauer? Geschichte.

Mittwoch, zehn Minuten vor zwölf. Zwei Männer rücken einen der Tische an die Wand und steigen hinauf, um ein drittes Bild zu den beiden anderen zu fügen. Es ist das Bild Fritz Erlers, mit einem schrägen Flor versehen. Geschichte.

Die Nachricht ist am Morgen eingetroffen. Alle Welt hat gewußt, daß Fritz Erler in den letzten Monaten ein schwerkranker, ein hoffnungslos kranker Mann gewesen ist. Hoffnungslos - gibt es das? Wie auch immer: alle Welt hat betroffen, zu hören, daß es am Morgen dieses Tages geschehen ist.

Es wird hell im Saal, grell hell. Die Fernsehmänner haben ihre Lampen eingeechaltet.

Da gibt es einen Tisch, der durch den Saal in seiner ganzen Länge geht. Es ist der Tisch, an dem sonst, wie auch heute, die Mitglieder des Fraktionsvorstandes ihren Platz haben. Mitten in der Mitte, das war der Platz Fritz Erlers, des Mannes, den diese Versammlung zu ihrem Vorsitzenden gewählt hatte.

Der Platz ist ausgespart. Ein Arrangement von roten Nelken steht da. Die Blumen... auch das ist Geschichte.

Müssen wir berichten? Die Sitzung war kurz, eine Viertelstunde. Es war eine der denkwürdigsten in der Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion, ganz gewiß die stillste von allen. Sie war öffentlich, was eine Ausnahme war. Die Öffentlichkeit wollte dabei sein, und das war ihr gutes Recht. Es sprach Helmut Schmidt, der sich "seinen Städthalter" nannte, und es sprach Willy Brandt, der Parteivorsitzende. Wir haben es im Fernsehen gesehen. Und wir haben gesehen, daß die Kamera Unsichtbares sichtbar machen kann.

Ein einziges Wort von Willy Brandt sei aufgezeichnet: "Die meisten von uns haben gewußt oder geahnt, daß Fritz Erler einen Kampf ohne Aussicht zu bestehen hatte. Er selbst hat es gewußt." Wir wissen nun, daß es nicht nur Geschichte war. Es war Größe dabei.

Schwedens Armee muß sparen

Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Der Kostenrahmen, die Zielsetzung und die wesentliche Gestaltung der Landesverteidigung waren in Schweden viele Jahre lang durch ein Abkommen der vier großen demokratischen Parteien geregelt. Eine Sieben-Jahre-Vorausplanung, die alljährlich gemäß den neuesten Erfordernissen revidiert wurde, konnte auf eine automatische Erhöhung der Verteidigungsmittel tauchen, wobei teils den normalen Preis- und Gehaltssteigerungen, teils der Verteuerung durch technisch kompliziertere Waffengattungen Rechnung getragen werden sollte. Hierdurch waren die Verteidigungskosten auf 5 000 Millionen Kronen gestiegen, welchen Betrag man im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von 7,5 Millionen beurteilen muß. Eine weitere Steigerung im bisherigen Tempo war für den Staatshaushalt nicht mehr tragbar.

Im Oktober 1966 erklärten die Sozialdemokraten, daß für das Budgetjahr 1967/68 die Militärausgaben über die Preis- und Gehaltserhöhungen hinaus nicht gesteigert werden können, wobei sie sich auf den angestregten Staatshaushalt und auf die allgemeine Entspannung in Europa beriefen. Sven Andersson, der schwedische Verteidigungsminister, wies darauf hin, daß die ständige Entwicklung der technisch immer komplizierter werdenden Waffensysteme so enorme Kostensteigerungen mit sich bringe, daß es für Schweden unmöglich sei, auf alle avancierten Waffensysteme zu setzen. Man müsse eine Auswahl treffen, die den rein defensiven Aufgaben der schwedischen Wehrmacht und der Finanzkraft des Landes entspreche.

Die konservative Rechte und die PR-Stellen der Militärverwaltung entfachten eine hitzige Propagendawelle. Das sozialdemokratische Auspiel bedeute den Verzicht auf die bisherige allgemeine Zielsetzung der Landesverteidigung. Die Umwelt würde den Respekt vor der schwedischen Neutralitätspolitik verlieren usw. Die beiden konservativen Mitglieder des Verteidigungsausschusses verließen diesen demonstrativ und hofften, daß die übrigen bürgerlichen Parteien - die Liberalen und das bäuerliche Zentrum - ihnen folgen würden. Das war nicht der Fall und nach einiger Zeit kehrten die Konservativen wieder in den Verteidigungsausschuß zurück.

Inzwischen hatte der Verteidigungsausschuß den Oberbefehlshaber aufgefordert, für einen Planungszeitraum von vier Jahren (1967/68 inbegriffen) die militärischen Konsequenzen verschiedener Kostenrahmen aufzuzeigen: eines sozialdemokratischen, der im wesentlichen nur normale Preiserhöhungen berücksichtigt, eines für Liberale und Zentrum gemeinsamen, der nur unbedeutend über dem sozialdemokratischen liegt, und eines Kostenrahmens, welchen der Oberbefehlshaber selbst für unbedingt notwendig hält. Hierbei soll u.a. auch untersucht werden, ob für bestimmte Rekrutengruppen die Ausbildungszeit verkürzt und ob, bzw. in welchem Maße, Jagdflugzeuge - das Gros der ca. 800 Militärflugzeuge - durch ferngesteuerte Projektile ersetzt werden können. - Die Konservativen kamen schließlich mit einem vierten Kostenrahmen.

Eine Berechnung der einzelnen Kostenrahmen ist schwer möglich.

Von konservativer Seite wurde geschätzt, daß gegenüber dem früheren Abkommen der konservative Kostenvorschlag binnen sieben Jahren eine Einsparung von 700 Millionen, der sozialdemokratische eine solche von 6500 Millionen Kronen bedeuten würde.

Im Juni soll der Oberbefehlshaber eine einstweilige, im September die endgültige Stellungnahme vorlegen. Dann wird der Verteidigungsausschuß sich um einen gemeinsamen Vorschlag für die Militärausgaben 1968/69 bemühen. Eine Einigung mit den Konservativen ist jedoch unwahrscheinlich.

Mit der Finanzkraft eines Volkes von 7,5 Millionen ein Land zu verteidigen, das fast eineinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik ist und seine Allianzfreiheit behalten will, ist fast unmöglich. Von der finnischen Grenze im Norden bis zur Südspitze des Landes hat Schweden eine Seegrenze von 1850 km und von der norwegischen Grenze im Westen bis zur Südspitze eine solche von 650 km; die Landgrenze gegen Finnland ist 540 km, die gegen Norwegen 1660 km lang. Bei Einberufung aller verfügbaren Reservisten kann Schweden höchstens 750 000 Mann mobilisieren. Die Wehrmacht ist aber während der letzten zehn Jahre durchgreifend modernisiert und spezialisiert worden. Die Luftflotte zählt zu den größten und schlagkräftigsten der Welt. Das Luftverteidigungs-Leitsystem Stril 60 ähnelt dem amerikanischen Sage-System. Die inselreiche Seeküste und die Unwegsamkeit der Landgrenzen sind für eine Invasion sehr ernsthafte Hindernisse. Das wald-, seen- und felsenreiche Landesinnere bietet ideale Voraussetzungen für hinhaltende Verteidigung. Und der Freiheitswille der Schweden ist nicht zu bezweifeln.

+ + +

Manöver...

Panthersprung oder Samtpfötchen?

KM - Als Kaiser Wilhelm II. (am 31. Mai 1905) in Tanger landete, womit die Souveränität des Sultans betont und die französischen Machtansprüche bestritten werden sollten, kam es zur ersten Marokko-Krise.

Als die Franzosen die Hauptstadt Fes besetzten und die Deutschen daraufhin das Kanonenboot "Panther" nach Agadir schickten (am 1. Juli 1911), kam es zur zweiten Marokko-Krise. Die Entsendung des kleinen Kriegsschiffes, war, was man damals und noch heute unter der Historikern den "Panthersprung" nennt. Es ist ein Stück Geschichte geworden. Manche kennen Geschichte, manche nicht. Es gab damals viel Verwirrung und Erregung. Die Krise wurde erst beigelegt, nachdem es zu Verhandlungen und zum Marokko-Kongo-Abkommen gekommen war. Das Deutsche Reich erkannte die französische Schutzherrschaft über Marokko an und wurde durch Gebietsabtretungen am Kongo entschädigt.

"Panthersprung" hieß das letzte große Manöver der deutschen Bundeswehr.

MdB Helmut Schmidt stellte in der letzten Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion fest, er habe sich über den Titel des Manövers geärgert. Er fragte, ob man da nicht taktvollere Namen hätte finden können.

Willy Brandt, der an der Sitzung teilnahm, bemerkte dazu, er sei derselben Meinung, und fragte, wie es denn mit "Samtpfötchen" wäre...

+ + +

Ein Journalist

Dr. Otto Leichter zum 70. Geburtstag

Von Fritz Sänger, MdB

In dem gläserne[n] Palast der Völker, dem Sitz der Vereinten Nationen am Hudson River in New York, ist unter den vielen Journalisten einer, von dem Dag Hammarskjöld mir einmal sagte: "Sie können Ihr Land durch niemand eindrucksvoller und überzeugender representieren als durch ihn, und sie werden kaum einen finden, der Sie besser über uns informiert." Der Generalsekretär der UN kennzeichnete so den Korrespondenten der Deutschen Presse-Agentur Dr. Otto Leichter. Am 22. Februar beging Leichter seinen 70. Geburtstag.

Dieser stille Mann, immer bemuh[t], nicht selbst zu erscheinen, immer bereit zu helfen, zu hören, um weitergeben zu können, zu berichten, um unterrichten zu können, dieser Journalist in des Wortes unmittelbarer Bedeutung weit, daß das Heute dem Gestern folgt und dem Morgen den Weg bereitet. Die Verbundenheit des Geschehens durch die Zeiten und über die Länder und Kontinente hin ist der Fäden, den nie den sorgsam[n] Händen und den denkenden Hirnen entgleiten darf. Ihn verwebt der Journalist zum Bilde der Zeit, in der wir leben. Mögen die Historiker werten - die Journalisten teilen mit.

Wenn Otto Leichter das Haus verlast, in dem die Welt eine Zentrale haben sollte, kann er in wenigen Schritten in seiner Wohnung sein. Sie liegt gegenüber, aber erhöh[t] und Mauern umgeben die Straße, an der das Wohnhaus steht - wie eine Burg, in der der Mensch sich vor dem Zugriff einer verwirrenden Fremde schützt. Er ist auch dort Journalist. Ob wir ihn hoben oder drüben sahen, diesseits oder jenseits des Ozeans sprachen - dieser Mann schaut und weit und sagt es anderen, verantwortungsbewut, freien Nutes und aus der Weisheit eines durch schwere persönliche Bürde geläuterten Lebens.

Er wurde in Wien geboren. Er verlor Heimat und Lebensgefährtin durch das Verbrechen, das aus Deutschland kam. Er nahm Partei, aber er überwand das Ich. Er berichtet über alle und er hat Freunde um sich, die aus aller Herren Länder kommen. Es geht, daß sie miteinander sprechen, obwohl ihre Regierungen es oft nicht tun. Hier werden Fäden aufgenommen, später weit es niemand, wer, wo und wie einmal der erste Knoten geknüpft werden konnte.

Politiker und Diplomaten, Besucher aus Deutschland und aus anderen Ländern wußten diesen Journalisten zu finden, dessen Kenntnisse und dessen menschliche Klarheit und Freundlichkeit ihnen nützlich geworden sind. Nicht nur den Besuchern, sondern auch den Dingen und Institutionen, auch den Problemen und offenen Fragen, über die er Auskunft zu geben hatte. Behutsam, abgewogen, getreu dem besten Wissen und am Ende mit einem kleinen Schuß Optimismus, der helfen mag, sagt der Journalist Otto Leichter, was er verantworten kann. "Man kann sich auf ihn verlassen" - ich glaube kein schoeneres Wort in Erinnerung behalten zu können als dieses

+ + +